

Ein Windrad im Auerbacher Wald

Marktrat rechnet mit Gegenwind, sendet jedoch ein einstimmiges Signal –

Ratsbegehren zur Landtagswahl

VON MARKUS SCHWARZKUGLER

Der Standort: Irgendwo in der roten Fläche soll das Windrad gebaut werden. Der Abstand zur Wohnbebauung würde dort überall mindestens 800 Meter betragen. Karte: OpenStreetMap/Grafik: Münchner Merkur

Wartenberg – Wartenberg wird im Landkreis immer mehr zum Vorreiter bei der Energiewende. Während die Planung für das Nahwärmenetz auf Hochtouren läuft, könnten sich bald auch die Rotoren drehen – die eines Windrads. Der Marktrat hat am Mittwoch ein einstimmiges Signal gesendet: Der Flächennutzungsplan soll geändert und in der Folge ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Der Standort des Windrads liegt im südöstlichen Gemeindegebiet, im Wald bei Auerbach.

Dass nicht jeder Bürger begeistert sein wird, dass es sogar Klagen geben könnte, ist den Markträten klar. Daraus machte auch Bürgermeister Christian Pröbst (CSU) keinen Hehl. Doch die Bürger sollen bei dem Prozess mitgenommen, ihre Sorgen gehört und finanziell beteiligt werden. Und sie dürfen mitentscheiden: im Rahmen eines Ratsbegehrens, das im Zuge der Landtagswahl im kommenden Jahr angedacht ist.

Der Landkreis Erding hat bereits 2013 mit einem Teilflächennutzungsplan Windkraft begonnen, diesen aber nicht zu Ende geführt. Schon damals wurde die Fläche bei Auerbach eingezeichnet. Sie besteht aus zwei Flurnummern, Wohnbebauung ist von ihr überall mindestens 800 Meter entfernt. Die beiden Eigentümer haben laut Gemeindeverwaltung bereits ihre Bereitschaft signalisiert.

Am 1. Februar kommenden Jahres tritt das Wind-an-Land-Gesetz des Bundes in Kraft. In Bayern müssen bis Ende 2032 1,8 Prozent der Landesfläche für Windkraft zur Verfügung stehen. Ende 2027 muss der Freistaat die ersten 1,1 Prozent ausgewiesen haben.

Doch warum prescht die Gemeinde Wartenberg nun als erste im Landkreis vor, obwohl mit Gegenwind zu rechnen ist? „Der Regionale Planungsverband München kann Flächen bestimmen, ohne dass wir was tun können“, erklärte Pröbst. „Wir sind gezwungen, aktiv zu werden.“ Sein Gedanke: Wenn die Gemeinde mit einem Flächennutzungsplan vorarbeitet, dann wird der Verband zufrieden sein und der Gemeinde nicht einfach irgendeine Fläche aufoktroieren. „Sonst haben wir sie irgendwo, wo wir sie nicht brauchen können.“

Das Windrad wird knapp 230 Meter hoch. „Wir brauchen nicht überdimensional viel Platz“, beschwichtigte Pröbst. Es gehe zunächst um eine Fläche von 5000 Quadratmetern, die Hälfte davon könne später wieder aufgeforstet werden. Der Rotordurchmesser betrage 138 Meter, die Nennleistung 4,2 Megawatt.

Beraten wird die Gemeinde von der Beermann Energiesysteme GmbH aus München. Ihr zufolge sind die luftfahrtrechtlichen Belange für den Markt bereits geprüft. In Vatersdorf werde ins Netz eingespeist. Die Gutachter für natur- und artenschutzrechtliche Untersuchungen habe man bereits „reserviert“. Beermann zufolge bringt die geplante, moderne Schwachwindanlage einen Ertrag von rund neun Millionen Kilowattstunden. Und: „Bei sehr konservativer Betrachtung der aktuellen Situation ist ein wirtschaftlicher Betrieb möglich.“ Das betonte auch Pröbst.

Die Gemeinde würde für die Einspeisung mit 0,2 Cent pro Kilowattstunde beteiligt, jährlich summiert sich das auf rund 20 000 Euro. Dieselbe Summe winkt über die Gewerbesteuer. „Und die Bürger sollen sich bis zu 49 Prozent beteiligen können“, erklärte Pröbst und blickte auch über die Gemeindegrenze hinaus. Denn das Windrad steht unweit der Kommunen Kirchberg und Fraunberg. Auch diese Gemeinden könnten laut dem Bürgermeister an Bord gehen, und sowieso die Energievision des Landkreises, deren Geschäftsführer Pröbst ist. Windkraft und Photovoltaik würden sich gut ergänzen.

„Das ist absolut notwendig“, sagte Grünen-Rat Dominik Rutz auch im Hinblick auf die Folgen des Kriegs in der Ukraine. Es sei wichtig, die Planung in der Hand zu haben und nicht übergestülpt zu bekommen. Die Bürger müssten beteiligt werden und finanziell profitieren können, um Akzeptanz zu schaffen. Rutz selbst ist an der Bürgerenergiegenossenschaft in Freising beteiligt. Von daher weiß er: „Es funktioniert finanziell.“

Josef Sedlmaier (CSU) zog höhentekhnische Vergleiche „zum Fernsehturm“. Auch im Hinblick darauf sei es wichtig, „die Leute mitzunehmen“. Es bringe nichts, „wenn irgendein großer Investor das Windrad hinbaut und die Bürger nichts davon haben“, meinte Sedlmaier. Wer das Windrad nämlich baut, steht in diesem frühen Stadium noch nicht fest. Diese Frage wurde in der intensiven Debatte jedoch bereits mehrfach angesprochen.

Pröbst betonte fast schon pathetisch: „Aus Wartenberg muss ein Signal an die anderen Kommunen im Landkreis kommen.“ Dabei kritisierte er auch die zwiespältige Haltung gegenüber Windkraft in Buch am Buchrain (wir berichteten), ohne den Namen der Gemeinde zu nennen.

Eduard Ertl (Neue Mitte) richtete den Blick über die Windkraft hinaus. Man müsse generell nach weiteren geeigneten Flächen für erneuerbare Energien suchen, für die Zukunft unabhängiger – gerade von Spekulanten – werden und „keinen Strom von der Nordsee“ importieren.

Michael Pröbst (CSU) sprach sich zwar auch für einen Bebauungsplan aus, musste jedoch „den Kopf schütteln über Gesetze wie jetzt zur Windkraft“. Er rechnete vor, dass bei der nicht allzu hohen Windgeschwindigkeit in Wartenberg nur eine geringe Leistung drin sei. Und der Strom könne nicht gespeichert werden, gerade für den Fall, wenn wenig Wind weht. „Die Windkraft kann in unserem Bereich nicht die Lösung sein“, meinte er. „Jetzt sind wir wieder so weit wie vor zehn Jahren“, meinte Michael Paulini (SPD), der gegen „das Seehofer-Diktat mit der 10H-Regel“ nachtrat. Paulini rechnete vor, dass sich die Ausgaben für das Windrad nach zwölf Jahren amortisiert hätten – für ihn doch eine lange Zeit. „Ich weiß nicht, wer da mit aufspringt“, meinte er mit Blick auf die Bürger. „Also eine Goldgräberstimmung ist das nicht.“ Die Kosten für das Windrad werden auf 3,6 Millionen Euro brutto geschätzt.